

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
EU und Verfassung

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.479.560

Wien, am 28. August 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 28. Juni 2023 unter der Nr. **15428/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Pushbacks in Griechenland – mit welcher Konsequenz?“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 8, 10, 11 und 13 bis 15:

1. *Seit wann sind Sie in Kenntnis des 2022-Berichts des Anti-Folterkomitees des Europarats?*
 - a. *Welche Maßnahmen haben Sie in der Folge jeweils wann gesetzt, um deren Empfehlungen nachzukommen?*
2. *Wann haben Sie von den Videoaufnahmen in den New York Times, die ein Pushback belegen, Kenntnis erlangt?*
 - a. *Welche Maßnahmen haben Sie in der Folge wann gesetzt?*
3. *Welche Konsequenz hat der Beweis eines Pushbacks in Griechenland auf die bilaterale Kooperation zwischen Österreich und Griechenland?*
4. *Haben Sie sich je für ein Menschenrechtsmonitoring an der EU-Außengrenze Griechenlands eingesetzt?*

- a. Wenn ja, wann und was beinhaltete Ihr Vorschlag konkret?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
5. Haben Sie sich je für die Stärkung der Kontrollbefugnisse der Frontex-Menschenrechtsbeauftragten eingesetzt?
 - a. Wenn ja, wann und wem gegenüber?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Forderungen stellten Sie im Rahmen der bilateralen Kooperation an die griechischen Vertreter:innen und Behörden hinsichtlich des Umgangs mit Asylsuchenden und Migrantinnen?
 - a. Haben Sie je aktiv die Einhaltung der Menschenrechte gefordert?
 - i. Wenn ja, wann, mit wem und mit welchem Ergebnis?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?
 - b. Haben Sie je das Thema Pushbacks an der griechischen-türkischen Grenze thematisiert bzw. mit griechischen Vertreter:innen und Behörden besprochen?
 - i. Wenn ja, wann, mit wem und mit welchem Ergebnis?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?
7. Fordern Sie aktuell im Rahmen der Kooperation mit Griechenland
 - a. die Einhaltung welcher Menschenrechte von Asylwerber:innen oder Migrant:innen?
 - b. das Unterlassen von Pushbacks?
 - c. Wenn nein, wie lauten die Forderungen an Griechenland im Rahmen der gemeinsamen Kooperation?
8. Welche Sach- oder Geldleistungen wurden an Griechenland im Rahmen der bilateralen Kooperation geliefert? Bitte um Angaben nach Jahr seit 2020 und Verwendungszweck.
 - a. Zu welchen Kosten?
10. Erkundigten Sie sich aktiv über Pushbacks an Griechenlands Grenzen oder an anderen EU-Außengrenzen?
 - a. Wenn ja, was war das Ergebnis (bitte nach Grenze aufschlüsseln)?
11. Mit welchen Maßnahmen unterstützen Sie die Aufarbeitung der Pushbacks an den EU-Außengrenzen Griechenlands?
 - a. Wie haben Sie sich im Frontex-Verwaltungsrat diesbezüglich positioniert?
 - b. Was wird auf EU-Ebene in welchen Gremien diesbezüglich gefordert?
13. Haben Sie auf anderen Ebenen, Gremien bzw. mit weiteren Akteur:innen Gespräche gesucht
 - a. zu Pushbacks, seit der Veröffentlichung des Pushback-Videos durch die New York Times?

- i. *Wenn ja, wann und in welchen Gremien bzw. mit welchen Akteur:innen?*
 - ii. *Wenn ja, mit welchem Inhalt?*
 - iii. *Wenn ja, welche Position hat Österreich in den Gesprächen vertreten?*
 - iv. *Wenn ja, mit welchem konkreten Ergebnis bzw. welche Maßnahmen wurden beschlossen?*
 - v. *Wenn nein, warum nicht?*
- b. *zur Verhinderung von Bootstragödie und Ertrinken von Menschen auf der Flucht im Mittelmeer, seit der Tragödie des 14. Juni?*
 - i. *Wenn ja, wann und in welchen Gremien bzw. mit welchen Akteur:innen?*
 - ii. *Wenn ja, mit welchem Inhalt?*
 - iii. *Wenn ja, welche Position hat Österreich in den Gesprächen vertreten?*
 - iv. *Wenn ja, mit welchem konkreten Ergebnis bzw. welche Maßnahmen wurden beschlossen?*
 - v. *Wenn nein, warum nicht?*
14. *Wie hoch ist das Budget Österreichs für Seenotrettung seit 2015? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr.*
- a. *In welchen Untergliederungen, Global- und Detailbudgets wurde dieser Budgetposten veranschlagt?*
15. *Setzen Sie sich dafür ein, dass es im Falle von Bootstragödien wie am 14. Juni 2023 zu unabhängigen Untersuchungen auf europäischer Ebene kommt?*
- a. *Wenn ja, inwiefern?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Festzuhalten ist, dass die Grund- und Menschenrechte an Außengrenzen eingehalten werden müssen. Das jüngste Bootsunglück vor der griechischen Küste am 14. Juni 2023 führte uns wieder schonungslos vor Augen, dass das derzeitige Asyl- und Migrationssystem nicht funktioniert. Dies wurde zuletzt auch im Rat für Allgemeine Angelegenheiten (RAA) während der Diskussion zur Vorbereitung der Schlussfolgerungen für den Europäischen Rat am 29./30. Juni 2023 thematisiert. Ich darf im Weiteren auch auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 14349/J vom 27. Februar 2023 durch den Bundeskanzler verweisen.

Ich ersuche jedoch um Verständnis, dass diese Fragen grundsätzlich nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBI. I Nr. 98/2022, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBI. II Nr. 17/2020, nicht Gegenstand meines Vollzugsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können. Darüber hinaus darf ich dazu auf die

Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 15430/J vom 28. Juni 2023 durch den Bundesminister für Inneres verweisen.

Zu Frage 9:

9. *Wann waren Sie zuletzt mit Vertreter:innen Griechenlands zu den Themen Asyl, Migration und Grenzmanagement im Austausch?*
 - a. *Mit wem?*
 - b. *Zu welchen Themen konkret?*
 - c. *Mit welchen Ergebnissen?*

Abgesehen von den Ausführungen zu den Ergebnissen des RAA möchte ich erwähnen, dass ich mich zuletzt am 16. November 2022 im Bundeskanzleramt mit dem griechischen Krisen- und Klimaschutzminister Christos Stylianides unter anderem zum Thema Migration ausgetauscht habe. Im Rahmen unseres Gespräches waren wir uns damals einig, dass es dringend europäische und realistische Lösungen zur Bewältigung der EU Asyl- und Migrationsherausforderungen brauche. Auch habe ich betont, dass Österreich das Thema der allgemeinen Migrationsbewegungen (vor allem am Westbalkan oder über das Mittelmeer) beim RAA thematisieren werde und es beim Europäischen Rat als eigenen Diskussionspunkt auf der Agenda fordert.

Zudem habe ich nach dem Bootsunglück vom 14. Juni 2023 am 25. Juni 2023 mit dem damalig amtierenden Europaminister Miltiadis Varvitsiotis telefoniert, der mir versichert hat, dass die griechischen Behörden bereits Untersuchungen zur Aufklärung der Tragödie vor der Küste von Pylos eingeleitet haben.

Zu Frage 12:

12. *Gab es Gespräche auf europäischer Ebene*
 - a. *zu Pushbacks durch EU Mitgliedsstaaten, seit der Veröffentlichung des Pushback-Videos durch die New York Times?*
 - i. *Wenn ja, wann und in welchen Gremien?*
 - ii. *Wenn ja, mit welchem Inhalt?*
 - iii. *Wenn ja, welche Position hat Österreich in den Gesprächen vertreten?*
 - iv. *Wenn ja, mit welchem konkreten Ergebnis bzw. welche Maßnahmen wurden beschlossen?*
 - b. *zur Verhinderung von Bootstragödie und Ertrinken von Menschen auf der Flucht im Mittelmeer, seit der Tragödie des 14. Juni?*
 - i. *Wenn ja, wann und in welchen Gremien?*

- ii. Wenn ja, mit welchem Inhalt?*
- iii. Wenn ja, welche Position hat Österreich in den Gesprächen vertreten?*
- iv. Wenn ja, mit welchem konkreten Ergebnis bzw. welche Maßnahmen wurden beschlossen?*

Beim RAA am 27. Juni 2023 habe ich für eine umfassende und gründliche Diskussion und für substantielle Schlussfolgerungen zum Thema Migration beim Europäischen Rat am 29./30. Juni 2023 plädiert, damit sich, wie oben erwähnt, eine Tragödie wie jüngst im Mittelmeer nicht mehr wiederholt. Es geht weiterhin insgesamt darum, das Geschäftsmodell der Menschenhändler und Schleusernetze – einschließlich der Instrumentalisierung von Migranten – zu zerschlagen und gegen die Ursachen irregulärer Migration vorzugehen, um so die Migrationsbewegungen besser zu bewältigen und zu verhindern, dass sich Menschen auf solch gefährliche Reisen begeben, so wie der Präsident des Europäischen Rates im Anschluss an den Europäischen Rat am 30. Juni 2023 in seiner Erklärung zur externen Dimension der Migrationspolitik festgehalten hat.

Schließlich habe ich beim RAA auch betont, dass die Pilotprojekte in Bulgarien oder Rumänien dauerhaft umgesetzt werden sollten und die zu dem Zeitpunkt laufenden Verhandlungen zu einem Memorandum of Understanding der EU mit Tunesien auch mit Blick auf eine umfassende Migrationspartnerschaft rasch umgesetzt werden müssen.

Ich darf überdies auf die Beantwortung der gleichgelagerten parlamentarischen Anfrage Nr. 15427/J vom 28. Juni 2023 durch den Bundeskanzler verweisen.

Mag. Karoline Edtstadler